

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der

Stadt Nastätten.



Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.50 frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 7.50. Weiterungen können jederzeit erfolgen.

„Anzeiger“ finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gelappte Nonpareillegelle oder deren Raum mit 50 Pfg., die Restmenge mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Gründet 1878. Druck und Verlag: Wälcher'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Gründet 1878.

Nr. 105

Nastätten, Dienstag, den 6. September 1921

44. Jahrgang

Umschau.

Die Frühling- und Sommermonate sind dem deutschen Volke, obwohl es mit seinen Hoffnungen so manche Enttäuschung erlebte, zuletzt in der Erwartung auf englischen und amerikanischen Beistand in Sachen des Ultimatums und Oberschleffens, ohne ernste Befürchtung von Sorgen verlaufen; es dachte, wie im Kriege, es würde sich doch alles besser gestalten, als Schwarzscher befürchtete. Im Frieden war auf dem grünen Rasen der Festplätze kaum mehr gescherzt und gelacht worden, wie in diesem Sommer. Als aber die Kartoffellücke und die Brote hohe Preise aufwiesen, staunte die Stimmung rasch ab, selbst die Freigabe von Milch und Butter vermochte sie nicht auf der Höhe zu halten. Die Ankündigung der neuen Steuern tat ein übriges. Aus der Mißstimmung ward eine Verdrossenheit. Wer einen aufmerksamen Blick in das Volksleben hinein getan hatte, konnte merken, daß das Interesse und die Leidenschaft für die Parteipolitik sehr nachgelassen hatten, die Magenfragen herrschten vor. Die Frontsoldaten des politischen Kampfes waren überall nur eine Gruppe, nicht das eigentliche Volk, das wohlfeile Lebensmittel und eine gesicherte Existenz erstrebte.

Die Reichsregierung will Ordnung mit aller Strenge stiften, aber von der Ordnung führt der Weg zur Ruhe über die Zufriedenheit aller Volkskreise. Es sind sehr wenig Deutsche, die heute an Gewalttaten denken, und für die sehr überwiegende Mehrheit der Friedliebenden wird die Reichsregierung ein Programm der Wohlfahrt auf Grund von praktischen Möglichkeiten aufstellen müssen. Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit sind eine unbedingte Notwendigkeit, wenn die Erledigung der Verpflichtungen des Ultimatums prompt von statten gehen soll.

Die erste Milliarde der Kriegsentwädigung ist pünktlich bezahlt. Es war nicht leicht, aber es ist gelungen. Wie weit die Ausführung des neuen Abkommens von Wiesbaden über die deutschen Sachlieferungen an Frankreich, das die beiden Wiederaufbauminister Rathenau und Doumer abgehandelt haben, und die Zahlungspflicht mildern wird, bleibt abzuwarten. Hoffen wir, daß in Paris nach und nach der Wert einer realen Geschäftsverbindung mit Deutschland immer mehr erkannt wird. England ist von diesem deutsch-französischen Sonderabkommen nicht allzu sehr erbaut. Es steht ja aber Herrn Lloyd George frei, das Muster eines solchen Uebereinkommens zu schaffen.

Die Verträge von heute scheinen mehr oder weniger alle ihren Hals zu haben. Der Friede mit Amerika ist geschlossen, aber das drüben während des Krieges beschlagnahmte deutsche Eigentum bleibt unter Sequester; wir wissen immer noch nicht, ob und wann wir zu dem, was uns gehört, gelangen werden. Eine besondere Anlauf und ein Vertrauenszeichen gegen Deutschland liegt darin auch nicht, wir können uns also kaum wundern, wenn unsere Valuta, deren Bewertung ja Vertrauenssache ist, nicht steigt. Unklar ist auch der Termin des Völkerverbundesrats über die neue Grenze von Oberschleffen.

Ein erfreuliches Zeichen dafür, wie das deutsche industrielle Leben respektiert wird, ist der bestrebende Verlauf der Herbstmesse in Leipzig. Um so mehr haben wir allerdings darauf zu achten, daß dieser verhältnismäßig günstige Stand der Dinge nicht durch die schweren Reparationsverpflichtungen zerbröckelt wird.

Wir bieten der Welt wahrhaftig genug Material, sich über uns zu unterhalten, und wer die ausländischen Zeitungen genauer zu beobachten Gelegenheit hat, der findet auch, daß die „deutschen Angelegenheiten“ oft einen großen Teil des Inhalts der internationalen Presse ausmachen. Während des Krieges sagte man von uns, wir seien Herzenmeister, die mehr als das Menschennögliche verwirklichen könnten. Heute schlägt man oft wieder, oder immer noch, in ungeschätzter dieselbe Kerbe. Aus diesen Anschauungen heraus schreibt es sich her, daß den meisten Zwischenfällen in Deutschland keine allzu große Bedeutung beigemessen wird. Man weiß im Auslande, daß wir schon sehr viel Schweres durchgemacht haben und doch noch nicht zum elementaren Zusammenbruch gekommen sind, sieht also die gegenwärtigen Ereignisse nur als eine vorübergehende Erscheinung in der Zeitenflucht an. Dazu kommt, daß auch andere, fast alle Staaten in ihrer Entwicklung kon-

stante durchgemacht haben, die blutiger und gewalttätiger waren, als es die sind, die wir heute erleben. Das ist lange her, und viel Staub des Vergessens ist darauf gefallen, aber die Gegenwart weckt sie durch die Erinnerung wieder zu neuem Leben. Jedenfalls glaubt man jenseits unserer Grenzen nicht, daß wir in Deutschland ein schwereres Schicksal zu tragen haben, als es anderen Staaten beschieden war, und man ist überzeugt davon, daß wir auch das Menschennögliche möglich machen werden.

Das Leid Deutschlands ist in Wahrheit aber viel härter, als es je ein Volk ertragen hat, denn solche Lasten und Verpflichtungen sind niemals einer Nation aufgebürdet worden. Das darbenende Deutschland schreit nicht auf offener Straße unter freiem Himmel, aber der Druck spricht aus allen milden Augen und vorzeitig gebeugten Rücken. Wenn die Kontrollreue der Entente durch die Straßen deutscher Städte schreiten, so brauchen sie nicht in die Häuser einzutreten, sondern sie können schon so sehen, daß wir von der Hand in den Mund leben. Die einen leben vielleicht leicherdiger als die anderen, aber alle mit derselben bitteren Empfindung, daß wir nicht wissen, was uns schließlich doch noch die Zukunft an unerwarteten Möglichkeiten bringen wird. Wie es mit uns unter dem fortwährenden Abbröckeln unseres Nationalvermögens in fünf oder zehn Jahren stehen wird, weiß niemand. Wir wissen allerdings auch nicht, wie es bei den andern in fünf oder zehn Jahren ausfallen wird. Im Kriege hieß es, daß die letzte Stunde der besten Nerven über dessen Ausgang entscheiden würde. Damals haben unsere Nerven nicht ausgehalten, weil zu viel von allen Seiten auf uns einstürzte. Aber es ist schließlich nicht unmöglich, daß sich unsere Knochen und unser Hirn zuletzt als stärker und fähiger erweisen.

Ein Prüfungsausschuß.

Die Arbeitsmethode des Völkerverbundesrats. Die Donnerstag-Sitzung des Völkerverbundesrats brachte die Entscheidung über die Verhandlungsmethode des Völkerverbundesrates in der obereschleffischen Frage. Auf Vorschlag des Grafen Ffihl wurde eine Kommission aus den Vertretern derjenigen Staaten, die nicht an den Beratungen des Obersten Rates beteiligt sind, also Belgiens (Hymans), Spaniens (Quinones de Leon), Brasiliens (da Cunha) und Chinas (Koo) gewählt. Diese Kommission ist mit der vorläufigen Prüfung der Frage betraut worden.

Ein bestimmtes Verfahren ist der Kommission nicht vorgeschrieben. Sie ist berechtigt, sowohl auf Grund der bisherigen Dokumente des Obersten Rates als auch auf Grund eingehender Informationsquellen das Problem zu studieren, technische Berater hinzuzuziehen, in Oberschleffen selbst Untersuchungen anzustellen und politische und deutsche Oberschleffler zu befragen. Zur Wahrung vollster Unabhängigkeit sollen als technische Berater nur Persönlichkeiten herangezogen werden, die bereits an der technischen Organisation mitgearbeitet, aber an den bisherigen Vorstudien und Diskussionen nicht teilgenommen haben. Der Völkerverbundesrat ist berechtigt, zur Prüfung der Resultate der Untersuchung jederzeit zusammenzutreten. Nach Abschluß der Arbeiten wird die Kommission dem Rate Bericht erstatten, der sich dann mit der Frage weiter befassen wird. In der Diskussion erklärten die vier Vertreter ihr Einverständnis mit der Versicherung, im Sinne absolutester Gerechtigkeit und vollster Unabhängigkeit ihre Aufgabe durchzuführen.

Wirth über Erzberger.

Der Kanzler bei der Beisehung. Bei der feierlichen Beisehung der Leiche Erzbergers, die Mittwoch unter großer Beteiligung in Wiberach stattfand, ergriff nach der Grabrede des Geistlichen Reichskanzler Dr. Wirth das Wort zu einem warmen Nachruf für den Verstorbenen, in dem er u. a. ausführte:

Reichspräsident und Reichsregierung widmen dem großen schwäbischen Mann, dem unvergleichlichen Parlamentarier und Staatsmann, den verdienten Kranz der Ehre und die Versicherung treuesten Gedenkens. Heute versammeln sich viele Tausende von Arbeitern, die aufgeschreckt durch die Untat, in eine neue Bewegung eingetreten sind, die ganz Deutschland erschüttert. Wehe denen, die noch einen Trost in den

Nach hineinzuschütten wagen, er würde schließlich überlaufen und unser Land und Volk auf neue in das Chaos und in die Unordnung stürzen. Erzberger hat sich im Walde von Compiègne nicht von seinem Volke getrennt. Die zweite schwere Stunde für ihn kam in Weimar. Wohl sind dort viele Leute gewesen, die sich Patrioten nannten, die aber doch froh waren, als das Zentrum mit der Sozialdemokratie den Gang nach Versailles antrat. Der Reichskanzler schilderte dann, wie Erzberger das Land vor dem finanziellen Zusammenbruch durch seine Steuerreform gerettet habe. Seine Freunde werden ihn schützen und den Schirm über ihn halten, denn das Schicksal Erzbergers sei blank und seine Seele rein. Wir wollen in Liebe Politik treiben. Deutsches Volk folge dem Kerne des demokratischen Volksstaates.

Nach dem Kanzler sprachen Reichspräsident Lohse, sowie Vertreter der weltlichen und geistlichen Behörden, der süddeutschen Zentrumsparteien, zahlreicher katholischer Vereine und Korporationen und der Stadt Wiberach.

Die Nachforschung nach den Mördern. Erzbergers werden durch zahllose Anzeigen und Zuschriften an die die Untersuchung führenden Behörden unterstützt. Es finden sich darunter aber auch Zuschriften, die nur zu dem Zweck gesandt worden sind, um die Spur abzulenken und die Arbeit zu erschweren. Nach einer solchen Mitteilung wollten die Mörder von Stettin zu Schiff abfahren sein, nach einer anderen behaupten sie, bereits in dem jetzt italienischen Südtirol zu sein.

Der verhaftete ehemalige Führer Dittmann von Hirschfeld bleibt vorläufig noch weiter in Haft, da der von der Staatsanwaltschaft in Offenburg erangene Haftbefehl noch zu Recht besteht. Eine Freilassung kann von Berlin aus nicht erfolgen, ehe nicht die badische Behörde ihren Haftbefehl zurückgezogen hat.

Die Demonstrationen am Mittwoch. Die von den sozialistischen Parteien, teilweise mit Unterstützung der Demokraten und eines Teiles des Zentrums in vielen Städten des Reiches veranstaltet wurden, sind nach den bisherigen Meldungen ruhig verlaufen. Nur in Heidelberg und München kam es zu unbedeutenden Zwischenfällen.

Die Verwundung des Abgeordneten Diez. Ueber das Befinden des bei dem Attentat auf Erzberger verwundeten Reichstagsabgeordneten Diez teilt die Zentrumspresse mit, daß die Angel durch den linken Oberarm in die Brust gedrungen sei, wo sie noch stecke. Nach dem Urteil der Ärzte liege zur Beförderung kein Anlaß vor. Abgeordneter Diez dürfte in fünf bis sechs Wochen wiederhergestellt sein.

Die Ausnahmeverordnung.

Einwendungen Bayerns und der preussischen Provinzen.

In der letzten Sitzung des Reichsrats gab der Vertreter Bayerns, Gesandter von Freger, dem Bedauern und der Ueberraschung Ausdruck, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August ohne jede Rücksichtnahme mit den hauptbeteiligten Landesregierungen erlassen worden sei.

Diese Maßnahme erwecke die schwersten Bedenken der bayerischen Regierung. Die bayerische Regierung hätte besonders gegen § 6 der Verordnung Bedenken zu äußern gehabt. Sie sei der Ansicht, daß in derartigen Fällen nicht ein aus hohen Verwaltungsbeamten bestehender Ausschuß, sondern ein Gericht Recht zu sprechen habe. Diesen Bedenken müsse er hier Ausdruck geben, wenn er auch besürchte, daß keine Möglichkeit bestünde, daß die Reichsregierung die Verordnung abändere. Er hoffe aber, daß die Reichsregierung beim Vollzug der Verordnung mit den Landesregierungen in Fühlung trete und nicht, wie das bisher geschehen sei, ohne vorherige Fühlungnahme Verfügungen von Berlin aus erlasse. Die Zentralisation der Verbote in Berlin sei bedenklich. Er möchte die Reichsregierung daher bitten, in Erwägung einzutreten, von dem ihr zustehenden Verbotsrechte von sich aus vorsichtigen Gebrauch zu machen.

Im Namen der Mehrheit der Vertreter der preussischen Provinzen stellte Freiherr v. Goyl folgende Fragen an die Reichsregierung:

1. Ist die Reichsregierung gewillt und in der Lage, die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 29. August gegen das staatsgefährliche Treiben der äußersten Linken anzuwenden?

2. Ist die Reichsregierung im Fall der Befragung der ersten Frage bereit, ihre Auffassung von der Anwendbarkeit der Verordnung gegen die äußerste Linke zur Beruhigung weiter Volkskreise und zur Stärkung der Staatsautorität in geeigneter Form öffentlich bekanntzugeben?

Er fügte hinzu, daß nach der bisherigen Durchführung der Verordnung berechtigter Anlaß zu diesen Fragen vorliege.

Reichsminister Dr. Grabnauer antwortete, es sei auch bisher nicht immer üblich gewesen, mit allen Landesregierungen Fühlung zu nehmen.

Er dürfe aber versichern, daß keinerlei Absicht vorgelegen habe, die Landesregierungen zu umgehen. Die an Erzberger begangene Freveltat habe die Reichsregierung zum beschleunigten Ergreifen der Maßnahmen veranlaßt. In bezug auf ihre verfassungsmäßige Grundlage sei die Verordnung des Reichspräsidenten unangreifbar.

Weder in dieser noch in einer früheren ähnlichen Ausnahmeverordnung sei irgendwie davon die Rede gewesen, daß diese Verordnungen etwa nur gegen links und nicht auch gegen rechts gerichtet werden sollten, sondern sie sind allgemein gegen diejenigen gerichtet, die gegen die Verordnungen handeln. Nicht bestritten könne er, daß der Anlaß zu dieser Verordnung in diesem Fall im Gegensatz zu früheren Fällen wo es der Linksradikalismus war, die Treiberkreise gewisser Elemente waren, die nach der Ueberzeugung der Reichsregierung die schändliche Untat verursacht haben. Die Verordnung richte sich nicht gegen Parteien, sondern gegen alle Elemente, die in der Weise sich verhalten, daß dadurch der öffentliche Friede schwer gefährdet würde.

Gesheimrat Dr. Poetsch-Sachsen gab am Schluß der Debatte die Erklärung ab, daß die sächsische Regierung die Tendenz der Verordnung durchaus begrüße.

Reichstagsauschuß und Bayern.

Berlin, 2. September. Der Ständige Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Frage des Ausnahmezustandes in Bayern. Abg. Dittmann begründete in längerer sehr scharfer Ausführungen seinen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern.

„Ich erwiderte der bayerische Gesandte v. Freger, daß in Bayern die Lage noch nicht so gefestigt sei, daß der Belagerungszustand aufgehoben werden könne.“

Darauf ergriff der Reichskanzler das Wort. Er wies auf die schwere Gefahr hin, die dem deutschen Volke durch einen Zerfall in eine sozialistische und eine bürgerliche Hälfte drohe, ein solcher Zerfall müsse zum Bürgerkrieg führen. Es müsse alles geschehen, um dieser Gefahr entgegenzuwirken. Die große Mehrheit der reichstrennen Bevölkerung Bayerns werde ihn dabei unterstützen.

Eine sehr bemerkenswerte Erklärung gab der Abg. Prof. Dr. Kahl (D. Vpt.) ab. Er sagte, er werde die Regierung beim Schluß der republikanischen Verfassung unterstützen; er glaube, daß er dies auch für seine Partei erklären könne. Er bitte seine Partei nicht als „Reichspartei“ zu bezeichnen.

Darauf stellten die Unabhängigen den Antrag, den Reichspräsidenten zu ersuchen, den Belagerungszustand aufzuheben. Ferner wurde ein Antrag Erkelenz-Spahn eingebracht, der wie folgt lautet: Der Ausschuß ersucht die Regierung, gemäß den Erklärungen des Reichskanzlers die Verhandlungen mit der bayerischen Regierung zu beschleunigen und baldigst Auskunft über das Ergebnis zu erteilen.

Von den bayerischen Regierungsvertretern wurde mitgeteilt, daß die Verordnung der Reichsregierung auch in Bayern durchgeführt werde; der „Miesbacher Anzeiger“ habe sein Erscheinen eingestellt.

Die Verhandlungen des Reichstagsauschusses.

In der zweiten Sitzung des sog. Ueberwachungsausschusses des Reichstages wurde die Debatte über den Belagerungszustand in Bayern fortgesetzt. Zunächst sprach als Vertreter der Bayerischen Volkspartei der Abg. Dr. Beyerle, der für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Bayern eintrat, der jetzt noch notwendig sei. Er warnte vor der Ueberzentralisierung von Berlin aus, doch sieht er einer

riedlichen Lösung der Differenzen auf dem Wege der Verhandlungen mit Hoffnung entgegen.

Reichskanzler Dr. Wirth begrüßte die verständliche Form, mit der sein Vorredner die Ausführungen beendete. Er berichtete sodann über seine Verhandlungen mit dem bayerischen Staatssekretär Dr. Schwegler und dem Führer der bayerischen Demokraten Dr. Dirr, die am Freitag begannen hatten.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) gibt seiner Freude Ausdruck, daß die Verständigung mit Bayern im Gange ist.

Auf eine Anfrage des Vorredners gibt der Reichsjustizminister Dr. Schiffer einige Erklärungen über die Kommunistenbegnadigungen. Es sei nicht wahr, daß man kommunistische Mordbrenner und Räuber frei herumlaufen lasse.

Bayerns Protest.

Eine Rundgebung aller bürgerlichen Parteien Bayerns.

Die Koalitionsparteien des bayerischen Landtages haben eine umfangreiche Rundgebung beschlossen, welche dem tiefsten Bedauern über die Erschütterung der politischen Moral Ausdruck gibt und das Verbrechen am Abgeordneten Erzberger verabscheut.

Die Koalitionsparteien erkennen es als Pflicht der Reichsregierung und der Bundesregierungen an, gegen die Verhöhnung des Volkes und gegen die Bedrohung und Verächtlichmachung des Staates mit allen verfassungsmäßigen Mitteln einzuschreiten. Sie halten es aber für eine berechnete Pflicht der politischen Gerechtigkeit und Klugheit, daß diese Abwehr gleichmäßig nach allen Seiten erfolge.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August und die Bestrebungen, die auf eine sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern hinstellen, greifen so tief in das einzelstaatliche Eigenleben ein, daß sich aller derer, welche in einer Bedrohung des staatlichen Charakters der Länder die größte Gefahr für die deutsche Einheit erblicken, tiefe Erregung bemächtigt hat.

Ohne jede Auseinandersetzung der Reichsregierung mit der bayerischen Regierung hat die Reichsregierung Entscheidungen getroffen, die weit in die innerpolitischen Verhältnisse der Länder eingreifen. Wegen dieser Methode wird entschieden Verantwortung eingelegt, und in der Rundgebung wird erklärt, daß es mit dem Ansehen und der Autorität einer Staatsregierung schwer vereinbar ist, von der bayerischen Regierung die sofortige und völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erpressen zu wollen.

Die Koalitionsparteien, hinter denen die überwältigende Mehrheit des bayerischen Volkes steht, und denen die Erhaltung der Einheit des Reiches ebenso sehr am Herzen liegt wie die Wahrung des Rechtes des bayerischen Staates, ersuchen die Reichsregierung mit aller Eindringlichkeit, von Maßnahmen Abstand zu nehmen, welche die Interessen von Reich und Ländern gleichermaßen aufs schwerste gefährden können.

Gegen Versailles.

Der Parteitag der Deutschnationalen. In München wurde Donnerstag der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei unter sehr großer Beteiligung eröffnet. Auf die Begrüßungsreden des Parteivorsitzenden, Staatsministers a. D. Herget und des Führers der bayerischen Deutschnationalen Dr. Hilpert, des Obersten v. Kyländer und der Vertreter Österreichs, Deutschböhmens, Tirols, Danzigs und des Saargebietes folgte das Referat Erz. Herget über die deutschnationale Politik im Reich und in Preußen. Als außenpolitisches Ziel verlangt er die Revision des Versailler Vertrages und lehnt jede Erfüllung des Ultimatum ab. Letztes innerpolitisches Ziel ist und bleibt die Wiedereinführung der Monarchie. Die Partei stehe auf dem Boden der Verfassung, in der ausdrücklich steht, daß sie abgeändert werden könne. Die Partei müsse in die schärfste Opposition innerhalb der gesetzlichen Bahnen eintreten und selbst nicht den Ministersturz scheuen. Redner ging dann auf die Hege nach der Ermordung Erzbergers ein und lehnte jede Verantwortung aus der Wahnsinnstat ab; von der Reichs-

regierung verlangte er Rechenschaft, wie es dazu komme, unter Bruch der Verfassung den Ausnahmezustand gegen die Rechte zu erlassen, ohne die Länder verfassungsmäßig zu befragen.

Ueber die Politik in Bayern referierte Abg. Dr. Hilpert. Mit großer Schärfe wandte er sich gegen Berlin und die Berliner Regierung.

Bei dem Rufe „Los von Berlin“ meinte man in Bayern das Berlin Scheidemanns, die Schieberzentrale, die Falschpreuhen, nicht den alten Preußengeist eines Großen Kurfürsten und Bismarck. Obwohl Berlin aber, die Lage überspannen zu können, so werde der Moment kommen, wo es hiesig: Bis hierher und nicht weiter! Dann müßte der Reichsgedanke dort zentralisiert werden, wo er am sichersten geborgen ist.

Nach dieser mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede stimmte die Verammlung das Deutschlandlied an. Dann erariff unter allgemeiner Aufmerksamkeit Professor Martin Spahn das Wort, um seinen Hebertritt vom Zentrum zur Deutschnationalen Volkspartei zu begründen. Er wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Er meinte, jetzt stehe der Entscheidungskampf zwischen rechts und links bevor, jetzt müsse man Farbe bekennen. Der Tod Erzbergers hätte ihn gezwungen, das Zentrum, das immer weiter nach links dränge, zu verlassen. Wenn es jetzt nicht gelänge, das Reich zum Anrücken und zur Selbstbestimmung zu bringen, so müssen wir die Hoffnung aufgeben. Beginnen wir den Freiheitskampf gegen alles, was undeutlich ist. In Zeiten, wo es hart auf hart geht, seien Mittelparteien auf die Dauer nicht möglich.

Einstimmig wurde dann eine Resolution angenommen in der der Parteitag die Leitung und die Fraktion der Partei erucht, unausgesetzt auf eine Klärung der Frage der Schuld am Weltkrieg einzudringen. Nach kurzen Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Behrens, des Staatsministers a. D. Dr. Helfferich, Professor Biesche (Breslau) und Reichstagsabgeordneten Graf Westarp wurde der erste Verhandlungstag geschlossen.

Die Deutschnationalen gegen die Zeitungsverbote.

München, 2. September. Am zweiten Verhandlungstage ergriff der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Abg. Paul Baeder, das Wort zu einem scharfen Protest gegen die Zeitungsverbote. Das sei der erste Schritt zum Sowjetregime. Er beantragte eine Entschließung folgenden Inhalts:

Die Deutschnationalen Volkspartei verurteilt aufs schärfste die Werdort an dem Abgeordneten Erzberger, gleichviel, aus welchen Gründen sie erfolgt ist. Die Deutschnationalen Volkspartei weist mit Entrüstung und Verachtung die verlogene und volksvergiftende Hege zurück, die aus diesem Anlaß gegen alle nationalgesinnten Kreise des deutschen Volkes entfesselt wird. Sie beklagt auf das tiefste, daß durch diese unerantwortliche, von der Reichsregierung begünstigte Hege die Klust in unserem Volke in unheilvollster Weise vergrößert wird. Die Deutschnationalen Volkspartei steht fest und unbeirrt auf dem Boden von Recht und Gesetz und einer verfassungsmäßigen Entwicklung der politischen Zustände. Sie richtet an ihre Anhänger und Freunde die Mahnung, sich auch durch diese unerhörte Herausforderung nicht dazu verleiten zu lassen, gleiches mit gleichem zu vergelten. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Wiederaufbau und Steuern.

Nachdem der Münchener Parteitag der Deutschnationalen auf seinem zweiten Verhandlungstage in einer Entschließung gegen die neuen Maßnahmen der Reichsregierung Stellung genommen hatte, sprach Prof. Brünnstädt über völkisch-nationale Erneuerung, im Anschluß hieran sprach Frau Müller-Diefried über die Aufgabe der Frauen bei der völkischen Erneuerung des Volkes.

Staatsminister a. D. Waltraf gab einen Rückblick und Ausblick der Westmark, wobei er von den Leiden und der Treue des rheinischen Volkes sprach, das wohl seine Eigenart gewahrt wissen will, aber treu zum Reiche stehe.

Abg. Dr. Noeide hielt einen Vortrag über die Protverteuerung. Im Anschluß daran nahm der Parteitag eine Entschließung an, in der betont wird, daß die Verteuerung des Brotes in dem Aufhören der Reichszuschüsse und in den Fehlern, die bei der und durch die Zwangswirtschaft begangen worden seien, beruhe.

Ueber Mittelstand und Wiederaufbau sprach der sächsische Landtagsabgeordnete Dr. Cberle. Dann folgte die Aussprache über diese Vorträge.

Am nächsten Tage sprach zunächst der Präsident des Reichswirtschaftsrats Dr. Edler v. Braun über Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Er betonte die verheerenden Folgen des Ultimatum und die Unmöglichkeit, dessen Forderungen zu erfüllen. Doch das deutsche Volk werde nicht untergehen. Wiedererstarken des Nationalgefühls und der Gemeinschaft des ganzen Volkes und angestrengteste wirtschaftliche Arbeit würden uns wieder hochbringen, dann werden wir uns auch von den Fesseln des Ultimatum lösen können.

In einer groß angelegten Rede beschäftigte sich Staatsminister a. D. Dr. Helfferich mit Deutschlands finanzieller Lage.

Er wandte sich mit großer Schärfe gegen das von „sozialdemokratischer Ideologie diktierte“, „demagogische“ Steuerprogramm Dr. Wirths, der 130 Milliarden Papiermark jährlich aus dem deutschen Volke her-

auszupressen sich den Ententemachthabern gegenüber unethisch gemacht habe. Ganz besonders stark wandte er sich gegen die beabsichtigten Vermögenssteuer, vorzüglich gegen den geplanten „Eingriff in die Vermögenssubstanz“, und die Pläne der Zwangsbeteiligung des Reiches an Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Industrie.

Der Lustmörder.

Entsetzliche Enthüllungen im Fall Großmann.

Der Fall Großmann in Berlin, dessen Ermittlungen noch immer nicht abgeschlossen sind, entrollt sich jetzt in seiner ganzen Furchtbarkeit. Man kann dabei beinahe sagen, daß diese Bestie in Menschengestalt der Polizei nur durch einen Zufall in die Hände gefallen ist, denn jahrelang hat Großmann Frauen hingemordet, der von Großmann an der Schneiderin Mitsche begangene Lustmord war nur das letzte Glied in der entsetzlichen Kette von zwölf bis fünfzehn Lustmorden an Frauen, die Großmann geschlachtet, verstümmelt und verbrannt oder ins Wasser geworfen hat. Außerdem hat er sich an ungefähr 60 Frauen und Kindern in sadistischer Wollust vergangen. Damit ist das Sündenregister Großmanns noch nicht erschöpft. Fast trübte sich die Feder, um das Entsetzliche mitzuteilen, daß dieser Ehrenwerte das Fleisch der von ihm gemordeten Frauen gegessen, als Kalbsfleisch verkauft oder zu Wurst verarbeitet hat. So viel Verdorbenheit ist kaum mit menschlichem Hirn fassbar.

Der Ring der Beweise für das Treiben des Lustmörders ist so gut wie geschlossen. Unzählige Sachverständige, die mit den modernsten Mitteln kriminalistischer Technik ausgestattet, in der Behauptung Großmanns zweifelsfreie Anhaltspunkte für dessen Schandtat — zum Teile sogar in der Osenache, in der sie menschliche Knochenreste fanden — gefunden, ein ganzes Heer von Zeugen, bei denen Großmann nicht bis zum Mord gekommen ist oder die andere Aussagen für sein Tun gemacht haben, und dazu die von dem Scharfsinn der Polizei aufgepärrten Funde, haben Beweismaterial gegen den Schurken geschaffen, unter dessen Wucht Großmann bis zum völligen Geständnis zusammenbrechen wird, obwohl er sich jetzt noch — da ihm dieses Material noch vorenthalten ist — aufs Leugnen verlegt und bei jeder Zeugen gegenüberstellung den mitleidigen Menschen zu spielen wagt.

Deutsches Reich.

Erhöhung der Beamtengehälter auch in Preußen. Die preussische Staatsregierung hat mit Zustimmung des ständigen Ausschusses des Landtages beschlossen, den preussischen Beamten und Staatsarbeitern die gleiche Erhöhung der Teuerungszuschläge usw. zukommen zu lassen, die längst den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reiches zugesichert worden sind.

Die Deutsche Volkspartei und die Verfassung. Von maßgebender volksparteilicher Seite wird mitgeteilt: In der Sitzung des Reichstagsausschusses hatte Abgeordneter Geheimrat Kahl namens der Deutschen Volkspartei erklärt, daß die Partei auf dem Boden der heutigen verfassungsmäßigen Staatsform stünde und deshalb auch die Regierung unterstützen werde, wenn sie alle gesetzmäßigen Mittel anwendete, um die Verfassung gegen Gewalt zu verteidigen. Er verlangte dabei aber Gerechtigkeit gegen links und rechts und verwahrte sich gegen das einseitige Verbot rechtsstehender Blätter. Die Erklärung des Geheimrats Kahl wird von einigen Blättern als eine Abänderung der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zur Frage der Staatsform behandelt. Diese Auffassung ist unzutreffend. An der grundsätzlichen Auffassung der Deutschen Volkspartei zu dieser Frage hat sich nichts geändert. Dagegen steht die Volkspartei auf dem wiederholt von ihr auch kürzlich von Campe und Stresemann erneut betonten Standpunkt, jede gewaltsame Lösung der Verfassungsfrage abzulehnen und jede etwaige Aenderung der Verfassung nur auf gesetzmäßigem Wege anzustreben.

Das Uniformtragen bei Leichenbegängnissen. Amtlich wird mitgeteilt: Bis zum Erlaß der Ausführungsbestimmungen gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921 über das Verbot des Uniformtragens hat der Reichskanzler mit sofortiger Wirkung die Erlaubnis zum Tragen der Uniform bei Leichenbegängnissen von Kameraden erteilt.

Die Zeitungsverbote. Der Bezirksverband des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat eine Entschließung gefaßt, in der er einstimmig jede Einschränkung der Pressefreiheit ablehnt. Ganz besonders scharf protestiert er dagegen, daß Blätter auf Grund der allgemeinen Tendenz verboten werden, die sie vor Inkrafttreten der Verordnung befunden haben. Gleichzeitig aber fordert er alle Angehörigen der deutschen Presse auf, bei der Ausübung ihres hohen Amtes strenge Selbsttucht zu üben, und namentlich auch in der Hitze des politischen Kampfes nie zu vergessen, was sie dem öffentlichen Ansehen der Presse und der

Ehre der in anderen Ländern für ihre Arbeit kämpfenden Kollegen schulda sind. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ und der „Tag“ sind wieder freigegeben, da festgestellt wurde, daß sie sich mit dem von ihnen abgeleiteten Artikel des „Nichtbader Anzeigers“ dessentwegen sie verboten wurden, nicht identifizierten. Die bayerische Regierung hat jetzt den „Nichtbader Anzeiger“ beschlagnahmt und die Räume der Zeitung vollständig besetzen lassen.

Belästigung des holländischen Konsulats in Chemnitz. Das Chemnitzer holländische Konsulat hatte anlässlich des Geburtstags der Königin der Niederlande die holländische Flagge gehißt, deren Farben rot-weiß-blau eigentlich jedermann bekannt sein dürften. Demonstrationen sammelten sich vor dem Konsulat und verlangten Einziehung der Flagge. Als diesem Verlangen nicht sofort entsprochen wurde, drangen sie in das Gebäude ein. Der holländische Konsul ließ sich schließlich gezwungen, dem Verlangen der Demonstranten nachzukommen und die Flagge einzuziehen. Der Vorfall wird wahrscheinlich ein diplomatisches Nachspiel haben.

Die deutschen Sachlieferungen an Frankreich. In dem Wiesbadener Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur ist bekanntlich vorgelesen, daß Deutschland den Franzosen für die gelieferten Waren und Fabrikate einen Kredit gewährt, so daß Frankreich nur eine Milliarde jährlich zu zahlen hat, auch wenn die deutsche Rechnung bedeutend höher ist. Da es nun ausgeschlossen ist, daß die deutschen Industrieflecken die doch ihre Arbeiter bezahlen müssen, auf Jahre hinaus den Franzosen Kredit gewähren können, so wird wieder das Reich einspringen und für Rechnung Frankreichs den deutschen Lieferanten zahlen müssen. Wahrscheinlich wird wieder die Banknotendruckpresse auszuheulen haben, was nicht eben vorteilhaft für unsere Valuta wäre. Auch ein anderer Punkt ist noch zu beachten. Frankreich ist berechtigt, seine Warenbestellungen in Deutschland aufzugeben. Wenn sich die deutsche Industrie auf diese Lieferungen einrichtet, so wird sie einen plötzlichen Abbruch der französischen Bestellungen nicht ohne Schaden notieren. Das sind die praktischen Bedenken, die ganz besonders zu beachten sind.

Ausland.

Deutsch-Oesterreich.

Die „Räumung“ Westungarns. Die Botshafterkonferenz hat Ungarn aufgefordert, Westungarn sofort vollständig an Oesterreich herauszugeben; sie macht Ungarn für alle Folgen verantwortlich. Oesterreich wurde aufgefordert, neuerlich seine Bereitwilligkeit zu erklären, nach vollzogener Uebergabe Westungarns mit Ungarn die finanziellen und anderen Fragen, die aus der Uebergabe resultieren, zu besprechen. Jennerödorf wurde von der österreichischen Gendarmerie aufgegeben. Die Eisenbahnverbindung zwischen Jennerödorf und Fejéring ist unterbrochen, da die Schienen von den ungarischen Banden aufgerissen wurden. Im Naame Eisenstadt wurde St. Margarethen, Wolbenbrodersdorf und Siegenndorf von österreichischer Gendarmerie besetzt. Die österreichische Regierung hat, um den bisher besetzten Teil Westungarns für alle Fälle halten zu können, Reichswehr zur Verstärkung der Gendarmerie entandt. Die ungarischen Aufständischen werden, wie man annimmt, Dedenburg nicht freiwillig räumen, möglicherweise sogar im südlichen Burgenland offen gegen die österreichische Grenze vorgehen.

Polen.

Ein grobhartiger „Berzcht“ Polens. Die Polnische Telegraphen-Agentur berichtet, daß der polnische Delegierte in dem Völkerverbund mitgeteilt hat, daß seine Regierung im Augenblick keinen Gebrauch von seinem Recht machen wolle, einen Vertreter zu den Sitzungen des Völkerverbundes, in dem die oberösterreichische Frage besprochen wird, zu entsenden.

Belgien.

Das Ergebnis der Volkszählung in Belgien. Das Ergebnis der belgischen Volkszählung vom 31. Dezember 1920 wird jetzt bekannt. Danach beträgt die Gesamtbevölkerung Belgiens 7,5 Millionen.

Serbien.

Attentat auf Prinz Georg von Serbien. Auf den Prinzen Georg, den älteren Bruder des Königs Alexander, wurde auf dem Wege nach Karlsbad ein Attentat verübt. Die Polizei hat den Attentäter, einen Jugoslawen namens Jakob Doit, verhaftet. Es wurden besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um die Sicherheit des Prinzen auf dem Rest seiner Reise zu garantieren. — Prinz Georg war früher serbischer Kronprinz, mußte aber wegen toller Streiche, die selbst für serbische Verhältnisse zu stark waren, auf das Thronfolgerrecht verzichten.

Türkei.

Sie siegen abwechselnd. Nachdem erst vor kurzem nach konstantinopler Meldungen die Türken in einer mehrjährigen Schlacht die Angriffe der Griechen erfolgreich abgeschlagen haben, wird aus Athen jetzt wieder ein Sieg der Griechen gemeldet. Nach dem amtlichen griechischen Bericht sind die Türken nach einer siebenjährigen erbitterten Schlacht bei den stark befestigten Anhöhen des nördlichen Ufers der Flüsse Noel und Radrudli auf der ganzen Linie gewichen. Die Schlacht fand auf einer Front von Dörfer Streck an dem östlichen Ufer des Sararios bis 60 Kilometer östlich davon

nat. Die auf dem Rückzuge befindlichen türkischen Streitkräfte werden von den arabischen Truppen hart verfolgt.

Marokko.

§ Die Spanier in Marokko. Der spanische Oberkommandierende in Marokko, General Berenguer, telegraphierte, daß die Stellungen vor Melilla ununterbrochen während des vorgestrigen Tages vom Feinde angegriffen wurden. Zwei Dampfer sind aus Spanien mit Kriegsmaterial im Hafen eingetroffen. Im westlichen Teil der spanischen Stellungen haben während der letzten Tage weitere Ereignisse nicht stattgefunden.

Indien.

§ Der indische Aufstand unterdrückt. „Daily Telegraph“ meldet aus Calicut, daß der Moplahaufstand nach schweren Verlusten der Moplah so gut wie unterdrückt worden ist. Um jede Möglichkeit einer Entweichung der Moplah von Tiruranga, wo die Aufständischen sich verschanzt haben, auszuschließen, werden die Behörden Drahtverhaue um die Moplah errichten und die Aufständischen durch Hunger zur Uebergabe zwingen. Kalicut ist ruhig. — Im Bundesstaat ist eine Verschwörung unter den Kasis zum Sturz der Regierung und der Ermordung der britischen und indischen Beamten entdeckt worden. Zahlreiche Verhaftungen fanden statt.

Heimatliches.

Naftätten, 5. September 1921.

• Markt. Der ursprünglich für Mittwoch, den 7. September ds. Js., angelegte Viehmarkt wird nunmehr doch abgehalten.

• Standesamtsmitteilung für die Zeit vom 1. bis 31. August 1921. Geburten: 4. — Heiraten: Keine. — Sterbefälle: 5. 1. Maria Josef Reb, 62 Jahre alt, gestorben am 7. August; 2. Peter Aulmann aus Nieblen, 87 Jahre alt, gestorben am 8. August im Kaiser-Wilhelm-Heim; 3. Eva Holy geb. Lubwig, 87 Jahre alt, gestorben am 13. August; 4. Ferdinand Theodor Hornischer, 4 Monate alt, gestorben am 15. August; 5. Elisabeth Brandau geb. Sachs, 76 Jahre alt, gestorben am 19. August.

• Der Turnverein Naftätten beteiligte sich an dem Wettturnen auf der Loreley am gestrigen Sonntag mit 3 Turnern. Es errang Wolf Wollschläger mit 77 Punkten den 20. Preis, Heinrich Wollschläger mit 75 Punkten den 22. Preis und Willi Seibel mit 68 Punkten den 29. Preis. „Gut Heil!“

• Warnung vor Hansierern! In unserer Gegend lauchn jetzt wieder vielfach die „fliegenden Stoffhändler“ auf und versuchen, von Haus zu Haus ziehend, der Bevölkerung ihre „beste englische Originalware“ zu scheinbar äußerst günstigen Bedingungen aufzuhängen. Bei den angebotenen Stoffen handelt es sich ohne Ausnahme um durchaus minderwertige Stoffe, und im eigenen Interesse weise man den Leuten die Türe und bede seinen Bedarf bei Ortsanfassigen.

• Ein vorzügliches Hausmittel gegen Motten. Wenn man dort, wo sich Motten zeigen, reichlich klein geschnittene Baldriannurzeln ausstreut, dann pflügen die so gefürchteten Roger rasch zu verschwinden.

• Ueberzug für feuchte Mauern. Man kocht einen Teil Feindl mit einem Teil seines Gewichts Weigelt und läßt darin zwei Teile Harz bei mäßigem Feuer vorsichtig schmelzen. Damit überstreicht man die Mauern.

• Aus dem Kreise, 5. Sept. Aus der Landrat Dr. Wolf-Stiftung soll auch in diesem Jahre wieder zum 5. November eine Ehrung weiblicher Dienstboten stattfinden. Es kommen solche Personen in Frage, die bis zu obigem Tage eine siebenjährige Dienstzeit in derselben Familie vollendet haben. Anträge der Dienstherrschaft mit Namen der Mädchen und Angabe des Dienstantrittstages nebst Leumundzeugnissen sind an den Schriftführer des Vaterländischen Frauenvereins, Kreis-Verein St. Goarshausen, Herrn Kreisaußschuß-Obersekretär a. D. Weirich in St. Goarshausen einzureichen.

• Aus Hesse-Nassau, 3. Sept. Die Landräte aller Kreise des Regierungsbezirks Wiesbaden richteten einen Aufruf an die Nassauische Landwirtschaft, der dahin geht, daß Getreide nicht an unbekannte Händler und Aufkäufer, die es nach dem Ausland verschicken, zu geben, sondern es im Kreise zu lassen oder es dem Kommunalverband zu geben, damit die Bevölkerung zu erträglichen Preisen mit Brot versorgt werden kann.

Spd. Vom Rhein, 5. Sept. Den jemals höchsten Erlös erzielten die deutschen Weinbaugebiete, obwohl die Mosel diesmal nicht mitläßt, mit über 105 800 000 M., für 1100 Stück, 3508 halbr., 145 Viertelstück, sowie 712 Fuder, zumeist 1919er und 1920er Wachstum. An der Spitze der beteiligten Gebiete stand der Rheingau mit einem Erlös von rund 43,5 Mill. M. Dann folgte die Rheinpfalz mit einer Einnahme von 33 Mill. M., Rheinhessen erlöste insgesamt über 19,5 Mill. M. Die Nahe vereinnahmte über 11,5 Mill. M., der Mittelrhein 1 408 000 M., Franken 3 325 000 M. Der Höchsterlös für das Stück fiel auf 1920er Markobrunner mit 300 400 Mark.

• Jdstein, 3. Sept. Bei einer Versteigerung von Ackerland wurden hier außergewöhnliche Preise erzielt. Ein Acker von 2 1/4 Morgen kam auf 28 185 M., ein Acker von 89 Ruten erzielte dabei den Rekordpreis von 19 000 Mark.

tu. Wiesbaden, 4. Sept. Vom 1. September ab wird hier von allen Fremden, die im Bezirk der Stadtgemeinde Wiesbaden Wohnräume zu vorübergehendem Aufenthalt gegen Entgelt benutzen, eine Aufenthaltsteuer von 10% erhoben.

Spd. Frankfurt, 2. Sept. Die Rheinische Starkstromgesellschaft für elektrische Industrie G. m. b. H. in Frankfurt a. M. und die Textilwarenfirma Schmidt & Schulte in Frankfurt a. M. sind in Kontur geraten. — Unter der Leitung Epig. Köster hat das Schumann-Theater nach mancherlei Wandlungen während des Krieges wieder seine Pforten der alten Liebe, dem Variete, geöffnet. Die Eröffnung mit einem ausgezeichneten Programm war ein Ereignis für Frankfurt. Jede Nummer, die über die Bretter ging, war ein Glanzstück edelster Kunst.

Spd. Aus dem Westerwald, 4. Sept. Ohne daß die Mitreisenden etwas davon gemerkt hatten, starb auf der Heimreise von der Arbeitsstätte im Zug an Herzschlag der Hüttenarbeiter Peter Au aus Opfem. Erst beim Aussteigen merkten die Arbeitskollegen, daß Au tot auf seinem Platte lag.

• Montabaur, 2. Sept. Ein hiesiger Einwohner verlegte in schwerem Zustand seine beiden Söhne durch Stiche in den Unterleib. Der eine der Söhne ist seinen Verletzungen erlegen.

Vermischtes.

• Ein dreifacher Luftmörder verhaftet. Unter dem dringenden Verdacht, mehrere Luftmorde an jugendlichen Mädchen verübt zu haben, wurde der Arbeiter Willi Benzel von der Polizei in Jena verhaftet. In dem Grundstück des Verhafteten wurden bereits die Leichen zweier Ermordeten ausgegraben. Nach einer dritten Leiche wird noch gesucht. Es wird vermutet, daß der Verbrecher noch mehrere Morde auf dem Gewissen hat.

• Rekord eines Gleitfliegers. Im Anschluß an den sechsten beendeten Segelfluggewinnwettbewerb in der Rhön gelang es dem Magdeburger Diplomingenieur Klemperer, den ersten Ueberlandflug mit einem motorlosen Flugzeug, bei dem das Ziel vorher bestimmt war, auszuführen. Klemperer startete kurz nach 1 Uhr von einem 920 Meter hohen Punkte der Wasserkuppe in einem Gindeder der Flugwissenschaftlichen Vereinigung nach und landete nach einer Flugdauer von 13 Minuten vor dem fünf Kilometer entfernten Gersfeld. Gleich nach dem Abflug erhob sich der Gindeder erheblich über den Startpunkt und segelte drei Minuten am Westhang der Kuppe, dann steuerte der Führer die Maschine, indem er die Höhen geschicht ausnutzte, weiter, wobei der Apparat eine Höhe von mehr als 100 Meter über den Startpunkt erreichte. Alsdann schwenkte das Flugzeug um, überflog eine Reihe von Ortschaften und landete nach etwa 13 Minuten vor Gersfeld. Mit diesem Fluge, der bis kurz vor der Landung ohne Höhenverlust vor sich ging, stellte Klemperer bedeutende Rekorde für motorlose Flugzeuge auf. Zugleich ist dies das erste Mal, daß ein Flugzeug dieser Bauart einen Ueberlanddielflug auszuführen hat. Der Flug, bei dem nach 10 Minuten die Abflughöhe noch nicht unterschritten war, dürfte einen neuen Beweis liefern, daß es auch bemannten Flugzeugen ohne motorischen Antrieb durch Ausnutzung von aufwärtsgerichteten Luftströmen möglich ist, den Segelflug der Vögel nachzuahmen.

• Folgeschwere Kohlenstaubexplosion. Aus bisher noch unangeklärter Ursache entstand in dem Trocken-Hause des Wäginer Kohlenwerkes bei Verna eine Kohlenstaub-Explosion. Drei Mann erlitten schwere Verletzungen, während mehrere Arbeiter leichte Brandwunden davontrugen. Es gelang, den entstandenen Brand mit Hilfe der Feuerwehr in kurzer Zeit zu löschen.

• Wieder ein Luftschiff explodiert. Nach einer Reuterdepesche aus New York wurde das amerikanische Marineluftschiff „D 6“ in seinem Hafen in der Rockawayspitze durch eine Explosion zerstört. „D 6“ war das größte Marineluftschiff dieser Art.

• Ruhrepidemie in München-Grubbad. Hier herrscht Typhus und Ruhr. In der Stadt kamen bisher 67 Ruhrepidemie- und 72 Typhusfälle und vier Todesfälle vor. Die Epidemie scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben.

• Zusammenstöße in Neuhaldensleben. In Neuhaldensleben sollen angeblich von den Reichsparteien große schwarz-weiß-rot umranderte Plakate mit dem Aufdruck: „Es lebe die Monarchie!“ angeschlagen worden sein. Der Arbeiter bemächtigte sich eine große Erregung, sie drangen in die Häuser ein, holten die Führer der Reichsparteien heraus und zogen sie durch die Straßen, wo sie vom Publikum verhöhrt wurden. Nach Meldungen des Bürgermeisters sind Verletzungen und Verwundungen nicht vorgekommen. Schutzpolizei von Magdeburg ist nach Neuhaldensleben unterwegs. Nähere Einzelheiten sind bisher noch nicht festgestellt.

• 1 Million 60 000 Franken geraubt. In Gette wurde ein Steuereinnahmer, der eine Million 60 000 Franken bei sich trug, auf der Straße niedergeschlagen und beraubt. Passanten und Gendarmen verfolgten die drei Räuber. In der Nähe des Bahnhofes entspann sich eine wilde Schießerei, bei der zwei Räuber niedergeschossen und ein Polizist verwundet wurden. Der dritte Räuber ergab sich. Einer der Räuber ist tot, der andere schwer verletzt.

Aus aller Welt.

— Kinder und Alkohol. Wie gedankenlos häufig noch Eltern ihren kleinen Kindern eine besondere Freude zu bereiten glauben, wenn sie die Kleinen aus ihren Bierkrügen trinken lassen, das kann man täglich in den Wirtschaften sehen. Die Deutschen meinen es dabei gar nicht schlecht mit den Kindern, im Gegenteil glauben sie etwas ganz Besonderes getan zu haben. Die Aufklärungsbestrebungen haben gewiß ihre Wirkung nicht verfehlt. Allein viele Eltern sind zu lässig, als daß sie jeden Tropfen Alkohol bei ihren Kindern meiden. An einem Schilde sterben sie nicht — so entschuldigend man sich zumeist, und so heißt es ein-, zwei-, zehnmal und so fort. Daß aber dadurch, namentlich in den Familien, wo eine geordnete Pflege und Erziehung der Kinder durch die Erwerbstätigkeit der erwachsenen Familienangehörigen stark beschränkt ist, die Gesundheit der Kinder gefährdet, wenn nicht ganz und gar untergraben wird, das bedenkst man leider nie.

• Septembermorgen. Wer es ermöglichen kann, der sollte es am Morgen wahrnehmen, einen Weg ins Freie hinaus zu tun, bevor der Herbst die beständige Witterung verschleht. Es gibt keine bessere Medizin für erregte Nerven, als die frische und klare Septemberluft mit ihrer tiefen, tiefen Stille. Man mag sie eindringlich nennen, aber wer seine Augen auf das von der Sonne überschimmernde Naturbild lenkt, der wird bald empfinden, daß auch in dieser Stille göttliches Leben und Wesen herrscht, das zum Herzen spricht. Der Wind weht über die Stoppeln, die vom Bergehen erzählen, doch aus seinem Säuseln erklingt das Hoffnungslied vom Wiedersehen. Die frische Luft kühlst Stirn und Wangen und weckt die Kraft und den Willen für neue und rege Tätigkeit. Nicht viele lebende Wesen sehen wir mehr in der Ferne, die Herbstbestellung nimmt da und dort ihren Anfang, die Kartoffeln, die noch im Erdboden sind, werden aufgeschüttelt, das Obst an den Bäumen wird gepflückt. Vogelsang ist längst verstummt, die Krähen melden sich. Meister Lampe schaut sich in der Nachbarschaft um, ein Volk Rebhühner steigt auf, dann und wann fällt ein Schuß. Das ist Herbstleben. Aber die Stille überwiegt, so daß man fast meint, die Marienläden über die Felder fliegen zu hören. Die Herbstzeitlosen winken im Sonnenlicht und gelbe, braune und rote Blätter rascheln im Straßengraben. Bauernwagen fahren vom Dorfe zur Stadt. Eine silberne Glode klingt herüber. Und unsichtbar hallt ein Stimm durch den Morgen über die herbstliche Natur: „Unser täglich Brot gib uns heute!“

Gerichtliches.

§ Die „wohlthätige“ Deutschamerikanerin. Vor dem Wuchergericht in Berlin hat sich die wegen eines riesenhaften Liebesgabeschwindels festgenommene Deutschamerikanerin Virginia Moll zu verantworten. Moll, eine verwitwete Rentnerin aus Lodio in Nordamerika, hat eine große „Wohlthätigkeitsaktion“ für Deutschland ins Leben gerufen. Unter dem Namen „Wirtschaftshilfe, amerikanischer Unterstützungsverein, Sitz Berlin“ hatte sie eine Firma gegründet, die angeblich über große Geldmittel verfügte, um an deutsche Wohlthätigkeitsvereine Lebensmittel unentgeltlich abzugeben. In Wirklichkeit aber benutzte die Angeklagte den menschenfreundlichen Anschein ihrer Unternehmung als Deckmantel, um bedeutende Schiebergeschäfte im Aus- und Inland abzuschließen. Selbst die Behörden gingen auf den Reim und die Moll bekam Ein- und Ausfuhrbewilligungen, so viel sie für ihre dunklen Zwecke nur brauchte. Große Lebensmitteltransporter rollten über die Grenze, jedoch nicht für hungernde Deutsche, sondern für den Geldbeutel der Virginia Moll. Ein Teil davon konnte deutscherseits noch beschlagnahmt werden.

Handel und Verkehr.

• Aufhebung der Zuder-Zwangswirtschaft. Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bringt die erwartete Aufhebung der Zuder-Zwangswirtschaft für Zuder der neuen Ernte. Für Zuder alter Ernte (1920) bleiben noch einige Vorschriften der Zuderverordnung als Uebergangsvorschriften bestehen. Im Zusammenhang mit der Aufhebung der Zuderzwangswirtschaft werden auch die Verordnungen über Aunthonia zum 1. Oktober 1921 und die Verordnungen über den Verkehr mit Süßigkeiten zum 15. Oktober 1921 aufgehoben. Die Einfuhr und Ausfuhr von Zuder bleibt verboten.

• Die „Nordische Woche“ wurde Donnerstag in Lübeck durch eine große Festversammlung im Bürgersaal der Stadtverwaltung eröffnet. Hunderte füllten den großen Saal, darunter die Gefandten von Dänemark, Schweden und Finnland, Vertreter der Reichsregierung, des Reichsrats und der Regierungen der Länder. Die Reichsregierung war durch Staatssekretär Dr. Lewald vertreten. Die Gefandten Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Finnlands überbrachten die Wünsche ihrer Regierungen. Weiter sprachen Vertreter des Reichsrats und der preussischen Staatsregierung. An diese offizielle Eröffnungsfeier schloß sich ein Frühstück im Matscheller. Mittags wurde die Mustermesse von Lübeck's Handwerk und Industrie eröffnet. Die Ausstellungsgebäude erheben sich unmittelbar hinter dem Hofstentor. Abends fand eine Festvorstellung im Theater statt.

• Das genossenschaftliche Kreditwesen. Dem neu erschienenen Jahrbuch des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften für 1920 entnehmen wir folgende Zahlen: 17 427 Einzelgenossenschaften wurden im letzten Jahre gezählt, und zwar erstreckt sich die Statistik auf 10 853 Spar- und Darlehnsklassen, 2190 Bezugs- und Abzahlgenossenschaften, 1418 Molkereien und 2296 sonstigen Genossenschaften. Bei den 10 853 Spar- und Darlehnsklassen, denen 1 080 000 Mitglieder angeschlossen sind erhöhte sich das gesamte Betriebskapital im Berichtsjahr um 850 Millionen auf 5481 Millionen Mark, und zwar hauptsächlich durch Erhöhung des fremden Kapitals, während das eigene Vermögen um 4 Millionen Mark von 136 auf 140 Millionen Mark stieg. Der gesamte Umsatz betrug 22 Milliarden gegen 5 Milliarden im Jahre 1913. Wenn auch aus diesen Zahlen hervorgeht, daß die Einzahlungen die Geldforderungen noch übersteigen, so bildet der wieder einfließende Kreditbedarf doch ein Mahnzeichen für die Zukunft. Wie der Bericht sagt, ist noch die Sorge der Kreditgenossenschaften nach Anlage der zugeflossenen Gelder vorherrschend, es gilt aber, sich auf die Zeit zu rüsten, in der die Anforderungen die Einzahlungen wieder übersteigen werden. Und diese Zeit wird kommen. Sobald sie eintritt, wird es sich erst zeigen, ob die genossenschaftliche Kreditorganisation allen Ansprüchen entsprechen kann, denn soweit es sich zurzeit übersehen läßt, werden die Anforderungen gewaltig an sich zunehmen.

• Die Leipziger Messe. Am Mittwoch war das Messegelände auf der allgemeinen Mustermesse im großen und ganzen recht reger. In den Messhäusern herrschte in den Morgenstunden teilweise ein lebhafter Verkehr. Es kamen vielfach ansehnliche Abschlüsse, namentlich nach dem Auslande, zustande. Später klang das Geschäft etwas ab. Auf der Technischen Messe ist der Zuspruch ziemlich unverändert geblieben. In den letzten Tagen sind noch eine große Anzahl Bulgaren, Engländer, Italiener und Belgier auf der Messe erschienen. Das Geschäft ist in den einzelnen Branchen verschieden. Während eine große Anzahl von Ausstellern bezüglich fest vorliegender Bestellungen ihre Erwartungen übertraffen haben, bestand bei anderen das Geschäft in der Hauptsache in der Aufknüpfung neuer Verbindungen. Gute Geschäfte sind in Kleinmotoren und in elektrischen Schweißapparaten abgeschlossen worden. In der Hygienemesse erscheint der Absatz nicht so, wie man es erwartet hatte.

• Neue Belastung des Zeitungsamers. Die Verhandlungen zwischen den Verbands der Zeitungsverleger und der Zeitungsdruckpapierfabriken führten zu dem Ergebnis, daß der Papierpreis für Zeitungsdruckpapier für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember d. J. um 17,50 für 100 Kilo Rollenpapier, also auf durchschnittlich rund 348 Mark erhöht wird. Dies Ergebnis bedeutet abermals eine weitere Belastung des Zeitungsamers, das außerdem noch durch die neue allgemeine Zenerungswehle und der hiermit verknüpften Lohnbewegung in recht föhrlbarer Weise angefaßt wird.

• Der achtstündige Arbeitstag soll durch ein neues Gesetz in der nächsten Reichstags-session definitive Geltung erhalten. Bisher beruhte er nur auf der Verordnung der Volksbeauftragten vom November 1918. Es dürfte sich bei dem neuen Gesetzentwurf vorwiegend um die Ausnahme handeln, die durch die landwirtschaftlichen Verhältnisse und durch die Reparationsarbeiten geboten sind. Wichtig ist, daß durch die Vorlage die gewerbliche Kinderarbeit für Kinder unter 14 Jahren verboten werden soll. Jetzt dürfen Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren als Laufburschen und zu leichten Beschäftigungen genommen werden. In Betrieben mit Motoren ist Kinderarbeit bereits verboten.

• Auf den deutschen Eisenbahnen hat sich im letzten Jahre doch vieles gebessert. Die Schnelligkeit, Pünktlichkeit und Sicherheit sind wieder ziemlich normal geworden. Während aus dem Auslande alle Wochen große Eisenbahnkatastrophen gemeldet werden, geht es im Inlande — ungerufen — ziemlich ruhig ab. Auch die Höflichkeit der Passagiere gegeneinander ist bedeutend gewachsen. Die Benutzung auch der vierten Wagenklasse von Leuten, welche die Höflichkeit als eine Annehmlichkeit des Lebens betrachten und sie als selbstverständlich ansiehen, hat im guten Sinne ansteckend gewirkt. Höflichkeit kostet nichts und bringt viel ein, das ist wieder erkannt worden.

Eingefandt.

(Für alle unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung n u r die rechtliche Verantwortung.)

Goßhausen, 5. September 1921.

Unter dem 5. Mai 1918 wurden die rindviehhaltenden Landwirte von Buch, Wettendorf, Oberliesenbach und Goßhausen gezwungen, ihre Milch in die Molkerei Goßhausen abzuliefern. Der Milchvertrag wurde am 1. Juni ds. Jg. aufgehoben, hiergegen hat der Kreisaußschuß St. Goarshausen, laut Rhein- und Bahn-Anzeiger Nr. 64, unter Dinzuzugriff von Vertretern der Milchbedarfsgebieten, Bauernschaften usw. verordnet, daß die Milchlieferanten gebunden sind, ihre Milch weiter an die Molkereien abzuliefern. Außerdem wird Bezug genommen auf den Artikel in Nr. 101 des Rhein- und Bahn-Anzeigers: „Verhinderung der Zwangsabgabe für Milch“. Kam hiernach die Molkerei Goßhausen auf eigene Veranlassung einen Milchlieferanten ohne weiteres, weil der betr. Milchtransporteur mit dem betr. Milchlieferanten in Feindschaft lebt, zumal die Molkerei Goßhausen keine Milchgenossenschaft ist, auslösen? Wenn die Molkerei Goßhausen in beliebig Milchlieferanten auslösen kann, können auch wir freiwillig auslösen, unsere Milch behalten, selbst für die Bedarfsgebieten Butter machen und die abgerahmte Milch den Bedürftigen bzw. Verbrauchern geben.

Der Herr des Todes.

Roman von Karl Kosner.

„Mutter, darf ich dir durch den Diener... Mutter, darf ich dir durch den Diener... Mutter, darf ich dir durch den Diener...“

Man Russell — das war ihr Kunstname... Und nach Minuten später stand er wieder... Jetzt sah Herrera wieder in diesem...“

niemals über das gesprochen — und ich... Sie legte ihre Hand, die sie in den... Er dachte an sie...“

Seine großen Dummheiten gemacht... Und da eines Abends — es war gar...“

Fortsetzung folgt.

Eber-Versteigerung. Dienstag, den 13. September 1921... Gemeinde-Eber Bettendorf, den 3. September 1921. Der Bürgermeister: Hoff.

Die in der Dienstag-Nummer dieser Zeitung veröffentlichte Erklärung des...“

Bringt meine... Verkauftsstelle für elektr. Starkstromartikel... Erich Grewe, Caub a. Rhein.

Gefunden... Zigaretten-Etui... Schweine-Schmalz... Gruben-Sand... Gruben-Ries... Conrohr... Zement... Baugeschäft Jakob Hehner... Ta. neue Zittauer Speisezwiebeln... Brombeeren... Apotheke in Nastätten.

Rheinlieder-Potpourri „Rheinischer Sang“ mit beigefügter Textstrophe zum Mitsingen von H. Hannemann... Dies ist das Potpourri enthält 18 der allerbeliebtesten Weisen vom Rhein...“

WECK Konservengläser und Sterilisier-Apparate für jeden gut und sparsam geführten Haushalt... E. Knoche, Nastätten (am Rathaus).

Milch- und Fahrkühe... Salatgurken... Strudnunge treide... Barmbrot... Phosphorbrei... Gift-Weizen... Amt-Apotheke Nastätten... Handkäse... Limburger Käse... Tilfiter Käse... Cognak :: Liköre... Rum und Arrak... Fieber-Thermometer... Amt-Apotheke Nastätten.